

Liesa Weber, *Handlungsspielräume und Handlungsoptionen in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine vergleichende Studie für die Evangelisch-Lutherische Kirche anhand der oberfränkischen Dekanate Bayreuth und Coburg* (Forschungen zur Kirchen- und Dogmengeschichte 119), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019, 495 S., 59,99 €, ISBN: 978-3-525-56466-0

Die Veröffentlichung hat eine Dissertation zur Grundlage, die an der Theologischen Hochschule Neuendettelsau der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vorgelegt wurde. Nach Aussagen zu Fragestellung, Forschungsstand und geplanter Vorgehensweise unter Berücksichtigung der wichtigsten Quellen führt die Arbeit zu sechs thematischen Hauptblöcken, deren Ergebnisse jeweils in einer Zusammenfassung vereinigt werden. Hierbei geht es von der Lage der Landeskirche und den politischen Entwicklungen zwischen 1918 und 1932/33 zum Jahr 1933 mit der Machtergreifung durch die NSDAP. Ein weiteres Kapitel ist der Schilderung von Konflikten etlicher Pfarrer und Kirchenvorstände gewidmet, die sich mit Amtsträgern der Partei oder auch staatlichen Stellen ergaben. Breiten Raum (rund 90 Druckseiten) nehmen die schließlich gescheiterte Eingliederung der bayerischen Landeskirche in die Deutsche Evangelische Kirche (DEK) im Oktober 1934 und die darauffolgenden Auseinandersetzungen der Bekenntnisgemeinden mit den Anhängern der Deutschen Christen ein. Daneben spielten im Untersuchungsraum die in weiten Reichsgebieten eher sektenhaft auftretenden Anhänger der völkischen Deutschgläubigen Gemeinschaft und der Ludendorffschen Gotterkenntnis eine kräftigere Rolle. Ein Abschnitt befasst sich schließlich mit Haltungen und Verhaltensweisen von Geistlichen und Lehrern in Fragen, in denen die judenfeindlichen Maßnahmen von Partei und öffentlicher Verwaltung an kirchliche Positionen und Interessen rührten.

Die Einführung enttäuscht etwas, nicht zuletzt durch die häufige Wiederholung der im Titel verwendeten Leitbegriffe,

auf die nur unscharf angesprochene Forschungsansätze folgen. Was die Einschätzung der Person des Landesbischofs Hans Meiser und die Mechanismen der öffentlichen Debatte in den Jahren 2006/10 betrifft, so ist richtigzustellen: Die Meiser-Straße in München mit dem Gebäude des Landeskirchenamtes, 1934 noch als Teil der Arcis-Straße Schauplatz des Handstreiches eben gegen den Landesbischof, blieb nicht “aus Gründen der Erinnerung und Mahnung an zukünftige Generationen” erhalten (S. 35). Auch der Münchener Straßename wurde vielmehr in den “Umbenennungsprozess” einbezogen.

Wenn wir zur eigentlichen Darstellung weitergehen, so werfen wir zunächst einen Blick auf die Übersichten zu den ungedruckten Quellen und zur Literatur sowie die Register. An Unterlagen kirchlicher Verwaltungsstellen wurde vor allem die im Landeskirchlichen Archiv in Nürnberg erhaltene Überlieferung der Dekanate Bayreuth und Coburg sowie des Kreisdekans von Bayreuth benützt. Auch thematisch einschlägige Akten und Sammlungen verschiedener Pfarrämter wurden teils im Landeskirchlichen Archiv und teils vor Ort eingesehen. Dass unter den drei aufgeführten “staatlichen Archiven” sich zwei Stadtarchive befinden, zeigt eine gewisse Unsicherheit in den Behördenstrukturen. Übrigens hätte auch die Überlieferung im Staatsarchiv Bamberg und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv Berücksichtigung verdient. Man denke etwa an die Akten des Kultusministeriums über den Entzug der Befugnis zum Religionsunterricht. Die Nachweise im Personenverzeichnis und Ortsregister sind zuverlässig. Dass Paul von Hindenburg 1847 in Posen (Polen) geboren und 1934 in Ogradzieniec (Polen) verstorben sei, ist nur eines der kuriosen Ergebnisse des auch anderwärts in Publikationen zu beobachtenden Brauches, bei Ortsangaben zwar aktuelle Staatszugehörigkeiten zu vermerken, aber auf eine zeitgenössische Einordnung zu verzichten.

Daraus nun zu schließen, dass in der vorliegenden Arbeit zeitgebundene Deduktionen die inhaltliche Bewertung beherrschen, dass also Ahistorizität die Argumente leitet, trifft aber

nicht zu. Es ist ganz einfach: Je breiter Primärquellen verwendet werden, desto eher erschließt sich die Vielfalt der Vorgänge und desto besser ist man auch vor raschen Urteilen gewappnet. Am ansprechendsten ist die Arbeit tatsächlich dort, wo sie sich auf eine dichte archivistische Überlieferung stützen und Handlungsabläufe wiedergeben kann. Immer spannend sind Ergebnisse für die Zustimmung oder auch Einstimmung von vielen Geistlichen auf den Nationalsozialismus, wofür Bayreuth und Coburg markante Beispiele liefern: verhältnismäßig viele bereits vor 1933 Überzeugte, daneben aber die Mehrheit der Pragmatiker eines von Umbrüchen und Zeitläuften wenig berührbaren Seelsorgedienstes vor Ort. Judenfeindlichkeit war nur eines unter mehreren Motiven, sich dem 1931 gegründeten Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbund (NSEP) anzuschließen. Wer im Nationalsozialismus den Weg aus den Verkrustungen der Vergangenheit und dem Leerlauf von amtskirchlichen Einrichtungen sah, verstärkte dessen genuine Vielschichtigkeit. Die NSDAP war hier als Wahlpartei breit aufgestellt. Sie erreichte bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 in der Stadt Coburg 58,6 und in Bayreuth-Stadt 52,6 Prozent und verfügte mit dem oberfränkischen Gauleiter und späteren bayerischen Kultusminister Hans Schemm über ein Zugpferd mit Wirkung auch unter den evangelischen Lehrern, Theologiestudenten und jüngeren Pfarrern. Etliche NSEP-Mitglieder führte der Weg zu den Deutschen Christen. Ein großer Teil aber wurde ab 1934 in den Bekenntnisgemeinden aktiv und unterstützte den Landesbischof, in dieser Haltung der Partei gegenüber besonders gewappnet.

Konfliktfelder ergaben sich vor allem für den Bereich des Schulwesens, das in diesen Gebieten des einst markgräflichen Oberfranken und des thüringischen Grenzsaumes noch flächenhaft den Charakter evangelisch-lutherischer Bekenntnisschulen hatte. Da man es nicht mit einem erratischen Block zu tun hatte, sondern sich in einer vielfältigen und vor allem vielgesichtigen Wirklichkeit bewegte, entziehen sich auch die Reaktionen auf die Anordnungen von Behörden oder Parteidienststellen der Pauschalierung. Was war denn eine

“staatskritische” Haltung oder Meinung? Die Verhältnisse zwischen staatlichen und kommunalen Dienststellen und Parteiämtern mit meist ausgeprägtem Führungsanspruch waren kompliziert genug, und auch das schuf Freiräume, die freilich viele nicht zu nutzen verstanden, die aus der Vergangenheit klare Verhältnisse gewohnt waren und andere, zunehmend idealisierte Vorstellungen von “Staat” hatten.

Ein wertvoller Ansatz der Arbeit ist der Vergleich von kirchlichen Landschaften, benachbart, aber mit unterschiedlichen Traditionen, gefasst in den Dekanaten Bayreuth und Coburg. Das ehemalige Fürstentum Bayreuth gehörte seit 1810 in Bayern und zu der im Königreich neustrukturierten protestantischen Kirche, das Coburger Land hingegen erst seit 1921. Das Dekanat Coburg bewahrte diesen Sondercharakter, der von einer eigenen Landeskirche herrührte (S. 96—112). Die Coburger Geistlichkeit, an deren Spitze seit 1928 Pfarrer Curt Weiß stand, hielt den Kontakt zur vereinigten Thüringer Evangelischen Kirche aufrecht und hatte ihre Ausbildung überwiegend an der Universität Jena erfahren. Die dort in Gefolge von Richard Lipsius und Adolf Hilgenfeld gelehrte liberale Theologie ergab eine andere Prägung als die Theologische Fakultät in Erlangen, die einen Großteil der fränkischen Pfarrer und also auch im Dekanat Bayreuth ausgebildet hatte. Von daher gab es gemeinsame theologische Komponenten und personelle Verbindungen zur Glaubensbewegung der Deutschen Christen, für die Thüringen Stammland war. So fand sich in Coburg im Herbst 1934 mehr Zustimmung zur Eingliederung in die Reichskirche und dann weniger Zulauf zu den Bekenntnisgemeinden, überhaupt weniger Bindung an die bayerische Landeskirche als in Bayreuth, wo das Eintreten für den Landesbischof den Charakter einer Volksbewegung annahm, die im Bewusstsein blieb, zumal sie auch Erfolg hatte, alles freilich ohne Bestandsgarantie.

Das auswertende Schlusskapitel enthält einige Erkenntnisse, die hier nochmals festgehalten werden sollen. Dazu gehört eben, wie wichtig die regionalen und lokalen Dispositionen durch die vorhergegangenen Jahrzehnte für das Verständnis

des Kirchenkampfes ab Herbst 1933 sind. Dennoch hätte man sich eine deutlichere Charakterisierung dieser regionalen Vorgänge in Hinblick auf die allgemeine Entwicklung des Kirchenkampfes in Bayern und, an der Nahtstelle zu Thüringen, zur Lage nach der Bildung der Vorläufigen Kirchenleitung und dem Beginn der Zusammenarbeit der "intakten" lutherischen Landeskirchen von Herbst 1934 bis in die ersten Kriegsjahre hinein gewünscht, somit den Blick auf das Generelle, um das Spezielle schlüssiger einzuordnen. Das zurückhaltende, stets Folgen bedenkende Taktieren der bayerischen Kirchenleitung mit ihrer Beteuerung der Loyalität und dem Agieren zur Sicherung des eigenen Betätigungsraumes eröffnete allerdings vor Ort Handlungsspielräume, wenn man sich deren Grenzen bewusst war. Die Betonung des Gleichklangs mit der Innen- und vor allem Außenpolitik der Reichsregierung oder der Verweis auf frühere Verdienste um die Bewegung gab tatsächlich mehr Möglichkeiten, freilich keine Sicherheiten vor Sanktionen.

"Letztlich nahm die Mehrheit der Pfarrer und Gemeinden [...] den Nationalsozialismus nicht als eine fundamental im Widerspruch zum christlichen Glauben stehende, Menschenleben verachtende Ideologie wahr. Vielmehr wurde die eigene nationalsozialistische Haltung betont und gleichzeitig die negativen Folgen des Nationalsozialismus als lokal begrenzte Probleme mit einzelnen radikalen Nationalsozialisten angesehen." (S. 425)

Dies wertet das Beharrungsvermögen in den Gemeinden nicht ab, die sich in ihrer hergebrachten Kirchenverbundenheit nicht irritieren ließen, und auch nicht den Mut einiger Kirchenvorsteher und Pfarrer, die widersprachen, wenn viele schwiegen, die eben "mit der Zeit gehen" wollten.

Zum Rezensenten:

Dr. Gerhard Hetzer ist Direktor des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München i.R.